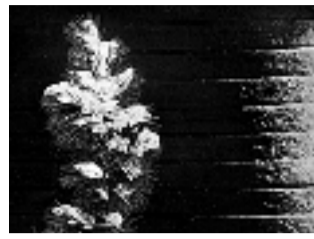




## Gespräch mit Walter Momper

Er war der Regierende Bürgermeister in West-Berlin, als die Mauer fiel. Der Rückblick auf die DDR sei nicht mehr so grobschlüchtig, sagt Walter Momper, er könnte aber noch differenzierter sein. **Seite 3**



## Winters Anfang

Er kann die Welt verändern, sofort. Wenn er es schneien lässt, bringt er leise die weiße Nacht. Über den Wunsch nach dichtem Flockenfall und was die Dichter dazu sagen. **Seite 15**



## Leverkusen Herbstmeister

Die Trainer-Ikone Jupp Heynckes führte in der Fußball-Bundesliga Bayer Leverkusen nach 2001 zum zweiten Mal zur Herbstmeisterschaft. Dabei blieb die Werkself 17 Mal unbesiegt. **Sport-Seiten 18 bis 20**

## Standpunkt

### Gescheitert

Von Kurt Stenger

»Es ist ein Anfang.« UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon versuchte das Scheitern der Klimakonferenz schönzureden. Vermutlich wollte er übertünchen, dass die Weltorganisation der Regierungen nicht in der Lage ist, trotz der bevorstehenden Klimakatastrophe notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Mächtigen in den USA, der EU und China waren – wohl auch wegen massiver Widerstände aus der Wirtschaft – nicht gewillt, ihre Blockaden aufzugeben.

In Kopenhagen stand nicht ein Anfang, sondern der Abschluss eines internationalen Abkommens an. Nach dem Auslaufen des wenig erfolgreichen Kyoto-Protokolls 2012 droht nun eine zeitliche Lücke beim Klimaschutz. Der erzielte Minimalkonsens – ein Bekenntnis zum Ziel, die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten – ist eine Zumutung. Klimaforscher halten das für nicht ausreichend.

Kopenhagen hat aber auch deutlich gemacht, dass bisherige Politikstrukturen – die großen Industrie- und einige Schwellenländer mauscheln hinter verschlossenen Türen etwas aus, das die anderen abknicken sollen – nicht zukunftstauglich sind. Gerade kleine Entwicklungsländer können sich nicht mehr mit Almosen abspeisen lassen, da ihre Existenz bedroht ist. Wenn sie im Bunde mit einer erstarkenden Klimabewegung den Druck auf die Mächtigen verstärken, kann es mit dem Klimaabkommen noch etwas werden, wenn in einem halben Jahr weiterverhandelt wird. Aus heutiger Sicht ist diese Hoffnung freilich gering.

## Unten links

Der »Tagesspiegel« pocht gerne lautstark auf seine **Unabhängigkeit**. Im November kündigte die Zeitung ihren Vertrag mit der Nachrichtenagentur dpa, weil diese ihre neuen Berliner Redaktionsräume beim Axel-Springer-Verlag mietet. Es könne »nicht sein, dass wir Meldungen von einer Agentur kaufen, deren Leute sich dort täglich mit unserer Konkurrenz im Fahrstuhl oder in der Kantine begegnen«, hieß es dazu. Weniger Probleme hat die Zeitung dagegen mit etwas anderem: sich kaufen zu lassen, zum Beispiel von Coca-Cola. Dem Getränkekonzern stellte sie die gesamte Titelseite ihrer Samstagsausgabe als Werbefläche zur Verfügung, wickelte sogar ihren kompletten politischen Teil in die Cola-Werbung ein. Den Kopf des »Tagesspiegels« schmückt übrigens ein Zitat des römischen Dichters Vergil: »Rerum cognoscere causas« – übersetzt heißt das, man solle die Ursachen der Dinge erkennen. Das ist in diesem Fall nicht schwer: Anzeigen regieren die Information. *jrs*

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 51,20/57,20 SKK (1,70/1,90 EUR);  
Tschechien 60/65 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375



# Ein Verrat an der Zukunft

## Kopenhagener Klima-Konferenz endete ohne verbindliches Abkommen

Von Benno König (AFP),  
Kopenhagen

Zum Ende der Klimakonferenz von Kopenhagen wurde es turbulent. Verzweifelte Reden und eine überforderte dänische Verhandlungsleitung prägten das Bild. Ein Abkommen wurde nicht erzielt, da die Staatengemeinschaft die von den Mächtigen der Welt im Hinterzimmer erarbeitete Erklärung nur zur Kenntnis nahm.

Am Freitagabend stiegen US-Präsident Barack Obama, Bundeskanzlerin Angela Merkel und die anderen Großen der Welt in ihre Flugzeuge und verließen Kopenhagen – dann nahm das Desaster seinen Lauf. Kaum war die nächtliche Plenarsitzung der UN-Klimakonferenz eröffnet, entlud sich die Empörung über den von Obama, Merkel und Co. zuvor im Streit vor allem mit Chinas Premier Wen Jiabao verhandelten Minimalkompromiss, der die Weichen für die Klimaschutzpolitik der kommenden Jahrzehnte stellen soll.

Zwei Wochen lang hatte sich die Konferenz hingeschleppt. Dann nahmen die Staats- und Regierungschefs das Heft in die Hand. Am Donnerstagabend wurde am Rande des Staatsbanketts bei Dänemarks Königin Margrethe II. eine Runde von 25 Staaten zusammengestellt, die sich daranmachten, eine politische Erklärung als Richtschnur für das künftige neue Klimaschutzabkommen auszuarbeiten. So sollte das schwerfällige UN-Prozedere im Plenum mit über 190 Delegationen umgangen werden.

Wegen des mageren klimapolitischen Gehalts des Resultats war aber auch den Autoren selbst sichtlich nicht wohl. »Ich muss sagen, dass ich das Ergebnis mit gemischten Gefühlen sehe«, sagte Merkel, bevor sie eilends den Ort des Geschehens verließ. Als »unzureichend« wertete auch Obama den Drei-Seiten-Text, dessen einzige konkrete Zahlen sich auf die Anerkennung der Zwei-Grad-Grenze

für die Erderwärmung und auf milliardenschwere Angebote an die Entwicklungsländer für Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen beziehen.

Die Rache für die Umgehung des üblichen Beratungsverfahrens kam in der Nacht zum Samstag gleich zu Beginn der Plenarsitzung, in der die »Kopenhagener Übereinkunft« gebilligt werden sollte. Den Anfang machte der Vertreter des winzigen Inselstaats Tuvalu, Ian Fry. »Das wäre das Ende von Tuvalu«, stellte er sich dem Text entgegen, aus dem maßgeblich auf chinesisches Betreiben sämtliche verbindlichen Emissionsgrenzen für Treibhausgase herausgenommen worden waren. »Sie boten 30 Silberlinge für den Verrat an unserer Zukunft«, warf Fry in Abwandlung eines Bibelzitats und mit Blick auf die Finanzhilfen den beteiligten Staats- und Regierungschefs vor.

# Gabriel: Truppenverstärkung ohne uns

## SPD geht sachte auf Distanz zu Afghanistan-Einsatz / Koalition sieht Flucht aus der Verantwortung

Zur Diskussion über die wirklichen Umstände des Luftschlags bei Kundus, bei dem Anfang November rund 150 Menschen starben, kommt die Debatte über weitere Truppenentsendungen nach Afghanistan. Die SPD entdeckt ihre Abneigung dagegen.

Berlin (dpa/AFP/ND). Acht Jahre nach der unter Rot-Grün gefällten Entscheidung für die deutsche Afghanistan-Mission lehnt die SPD eine weitere Verstärkung des deutschen Truppenkontingents am Hindukusch ab. »Für zusätzliche Kampftruppen über die bisherige Obergrenze hinaus wird es die Zustimmung der SPD nicht geben«, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Wochenende. Ähnlich äußerte sich SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Beide sprachen sich für eine Verstärkung des zivilen Aufbaus aus.

Die Grünen begrüßten diese Äußerungen. Dagegen warfen Vertreter von Union und FDP den Sozialdemokraten vor, sich aus der Verantwortung stehlen zu wollen. Unter SPD-Führung habe der Afgha-

nistan-Einsatz schließlich begonnen. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, kritisierte Gabriel mit den Worten: »Sie haben uns da reingeführt und flüchten jetzt offenbar aus der Verantwortung.« Die FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger sagte: »Die SPD will sich davonstehlen.«

Zur Diskussion über konkrete Zahlen sagte sie, zunächst müsse auf der Afghanistan-Konferenz Ende Januar in London eine international abgestimmte Strategie festgelegt werden. Die Bundesregierung hat erklärt, nicht vor der Konferenz über eine Aufstockung der Truppen am Hindukusch entscheiden zu wollen. Laut »Leipziger Volkszeitung« sind Experten im Berliner Verteidigungsministerium bereits damit beschäftigt, Truppen- und Ausrüstungsplannungen auf Basis einer Anforderung von 2500 weiteren Soldaten bis zur Konferenz voranzutreiben. Bislang liegt die Obergrenze bei 4500 Bundeswehrsoldaten. Der Bundestag hatte das sogenannte

Er blieb mit seinem Widerstand nicht allein. Mit der Mitwirkung bei der Kungelei unterstütze er einen »Staatsstreik gegen die Vereinten Nationen«, musste sich der immer verzweifelter wirkende Konferenzpräsident, Dänemarks Premier Lars Løkke Rasmussen, von Venezuelas Vertreterin Claudia Salerno Caldera anhören. Dann deckte die Delegation Costa Ricas auf, dass der Hinweis auf ein künftiges »rechtlich bindendes« Abkommen aus der Beschlussvorlage verschwunden war.

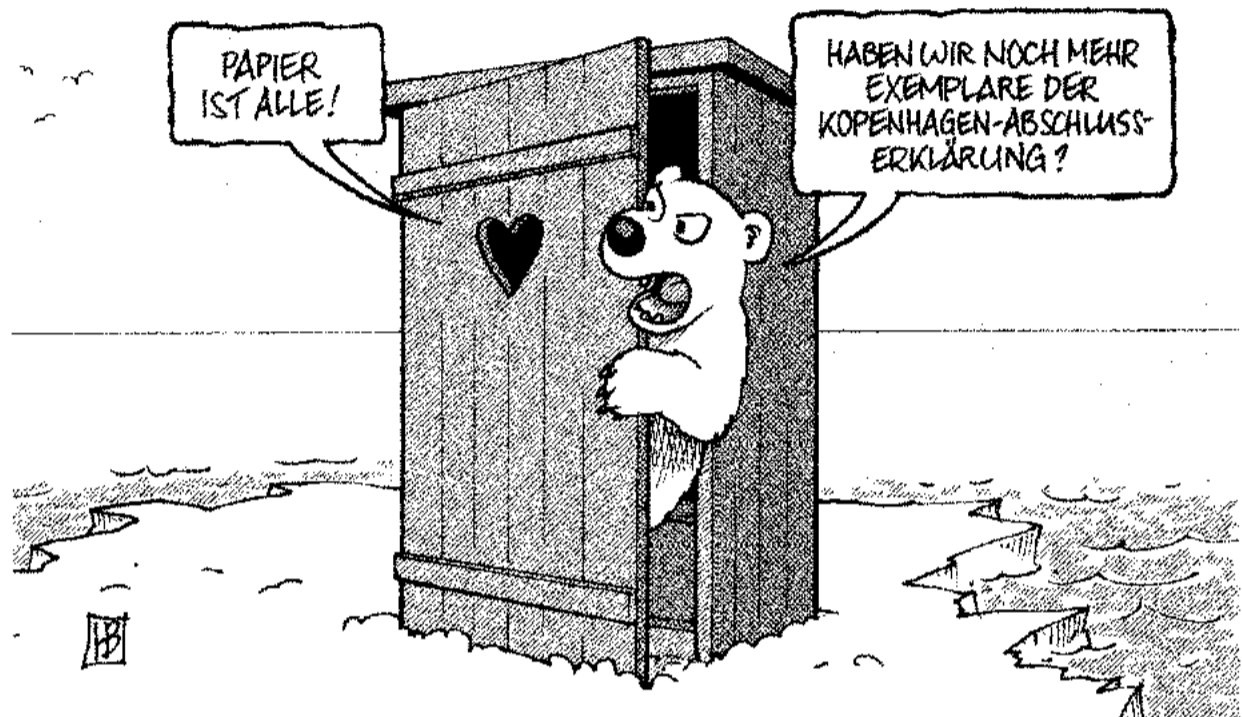
Fast schon hilfreich war es für Rasmussen, als Sudans Delegierter Lumumba Stanislaus Di-Aping mit einem Holocaust-Vergleich daherkam, weil dies eine gewisse Solidarisierung mit der dänischen Präsidentschaft auslöste. Gerettet wurde die Erklärung letztlich nur durch einen Verfahrenstrick, wonach der Text vom Plenum nur

»zur Kenntnis genommen« wurde. Damit ist zwar die Rechtsgrundlage für die geplanten Soforthilfen für Entwicklungsländer gegeben, es fehlt aber die Rückendeckung der Staatengemeinschaft.

Umweltschützer werteten die Erklärung als »völligen Fehlschlag«. »Ich gehe mit leeren Händen, ohne etwas, womit ich meiner Enkeltochter erklären kann, warum ich eigentlich zwei Wochen weg gewesen bin«, sagte in der Schlussdebatte auch der Vertreter der wie Tuvalu überflutungsgefährdeten Marshall-Inseln.

Die Hoffnung, die in Kopenhagen immer wieder geäußert wurde, war die auf Fortschritte in der Zukunft. Erste Gelegenheit dazu wird die für Juni geplante Zusatzkonferenz in Bonn sein. Im Dezember 2010 folgt die nächste reguläre Klimakonferenz in Mexiko.

Tagesthema Seite 2



Zeichnung: Harm Bengen

## Arktische Kälte forderte Todesopfer

### Schneestürme in USA Temperatur steigt bald

Berlin (Agenturen/ND). Der Winterereinbruch mit arktischer Kälte bestimmte am Wochenende die Lage in weiten Teilen Europas und in den USA.

In Deutschland starben mindestens sechs Menschen. In Thüringen entdeckten Spaziergänger am Sonntag die Leiche eines 81-Jährigen. Er war erfroren, nachdem er sich vermutlich verlaufen hatte. In Mannheim erfror ein 46 Jahre alter Obdachloser, der im Freien schlief. In Reilingen, ebenfalls in Baden-Württemberg, stürzte ein 73-Jähriger auf schneebedeckter Fahrbahn mit seinem Fahrrad und schlug tödlich mit dem Kopf auf. Weitere Tote gab es bei Unfällen auf glatten Straßen. Nach Angaben des Wetterdienstes Meteomedia war es in der Nacht zum Sonntag in Albstadt-Degerfeld (Baden-Württemberg) mit bis zu minus 30,3 Grad am kältesten. Tief »Vincent« sorgt in den kommenden Tagen für höhere Temperaturen.

In Polen erfroren am Wochenende mindestens 20 Menschen. Die Polizei appellierte an die Bürger, Obdachlosen zu helfen. In Tschechien starben seit Freitag mindestens drei Obdachlose.

Weite Teile des Nordostens der USA wurden am Wochenende von den schwersten Schneestürmen seit Jahren lahmgelegt. In der Hauptstadt Washington lagen stellenweise bis zu 60 Zentimeter Schnee, nachdem es 24 Stunden ununterbrochen geschneit hatte.

## Kurz

### Visafrei in die EU

Belgrad (dpa). Serben, Mazedonier und Montenegriner dürfen seit Samstag visafrei in fast alle EU-Staaten reisen.

### Lkw raste in Markt

Nairobi (dpa). Ein Lastwagenfahrer ist in Nigeria von einem Hügel herab in einen Markt gerast und hat dabei mindestens 55 Menschen getötet.

### Tödliche Recherche

Istanbul (dpa). Cihan Hayirsevene, Redakteur einer Lokalzeitung im westtürkischen Bandirma, ist nach Berichten über einen Korruptionskandal erschossen worden.

### 10 000 Grippeopfer

Genf (AFP). Die Zahl der durch die Schweinegrippe verursachten Todesfälle hat nach WHO-Angaben weltweit erstmals die Marke von 10 000 überstiegen.

### Häftlinge entlassen

Washington (dpa). Die USA haben zwölf Gefangene aus dem Lager Guantanamo auf Kuba entlassen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Wie das Washingtoner Justizministerium am Sonntag mitteilte, wurden am Wochenende vier Häftlinge nach Afghanistan geflogen, sechs nach Jemen und zwei nach Somaliland, das völkerrechtlich zu Somalia gehört. *Seite 6*



Bereit für die harte Tour Foto: dpa

ISAF-Mandat kürzlich um ein weiteres Jahr verlängert.

Auch Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprach sich in der »Welt am Sonntag« gegen eine frühe Festlegung auf konkrete Zahlen aus. »Wir

formulieren jetzt die Strategie, und aus der folgt, wie viele Truppen und Zivilkräfte man braucht.« Umgekehrt mache es keinen Sinn. Guttenberg hält überdies Gespräche mit gemäßigten Taliban für sinnvoll, um die Sicherheitslage in Afghanistan zu verbessern. »Nicht jeder Aufständische bedroht gleich die westliche Gemeinschaft«, sagte er der »Welt am Sonntag«. Guttenbergs Amtsvorgänger Franz-Josef Jung (CDU) hatte Verhandlungen mit den Taliban abgelehnt.

Unterdessen geht auch der Streit in der Affäre um den von der Bundeswehr verantworteten Luftschlag gegen zwei Tanklaster mit bis zu 142 Toten bei Kundus weiter: SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sprach in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« von einer »Vertrauenskrise« zwischen Regierung und Bundestag. Die Umstände des Luftschlags seien verschleiert worden. Oppermann stellte deshalb die Zustimmung seiner Partei für künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr in Frage. *Seite 6*